

Allgemeine Deutsche Gärtnerei

Zeitung

und Stellen-Anzeiger für Gärtner.

ADG-V

Das Recht des Gärtners. Haupt-Stellen-Anzeiger. Eigene Buchhandlung für alle Zweige des Gärtnerberufes.

• • Eigentum und Organ des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins. Organ der Krankenkasse für deutsche Gärtner. • • •

Herausgeber:
Hauptvorstand des Allgem. Deutschen Gärtner-Vereins.

Redakteur:
Otto Albrecht, Berlin.

Unser Vereinsleben im Jahre Neunzehnhundertzwei.



aus der Geschichte sollen wir lernen. Zu diesem Zwecke haben unsere Vorfahren bezw. Vorgänger sie niedergeschrieben. Wir thun dasselbe für die Nachwelt und selbstverständlich auch für uns selbst, soweit wir berufen sind, auch künftighin noch zu wirken, in die Geschicke einzugreifen.

Die Geschehnisse des Lebens dringen tagtäglich auf uns ein und beeinflussen unser Tun und Lassen. Die meisten derselben sind Tagesereignisse, die nur vorübergehende Bedeutung haben. Andere wirken weiter auf Wochen, Monate, Jahre. Und nur wenige haben eine bedingte, einzelne eine unbedingt bleibende Bedeutung. Im Augenblicke des Geschehens ist nicht zu ermessen, wie weit und in welchem Umfange das Ereignis wirken kann; es hängt dies ja wesentlich davon ab, welche andere Vorkommnisse, hiervon angeregt oder durch andere Ursachen veranlasst, noch hinzutreten werden.

Die wirtschaftlichen Vereinigungen der deutschen Gärtner haben im vergangenen Jahre eine recht lebhaftige Tätigkeit entfaltet, jede auf dem von ihr besonders beachteten Gebiet. Der Verband der Handelsgärtner Deutschlands richtete sein Augenmerk vornehmlich auf das im Reichstage zur Beratung stehende Zolltarifgesetz. Zahlreiche Petitionen wurden abgesandt und Massenversammlungen abgehalten, und die Zollwünsche der produzierenden Gärtnerinteressenten kundgegeben. Am 4. und 5. August hielt der Verband in Berlin seine 19. Hauptversammlung ab; dieselbe erklärte sich u. a. für die Errichtung von „Gartenbaukammern“, für die Befreiung der produzierenden Gärtner von der Gewerbesteuer, desgleichen von der Grundwert- und Bauplatzsteuer. Hinsichtlich der Frage des Fach- und Fortbildungsschulbesuchs der Lehrlinge fasste die Hauptversammlung den zwar unverbindlichen aber immerhin bemerkenswerten Beschluss, die Arbeitgeber möchten Sorge tragen, dass die Lehrlinge zum Besuch dieser Schulen angehalten werden.

Der Verein der deutschen Gartenkünstler hielt am 24. bis 27. August in Breslau seine 11. Hauptversammlung ab und beschäftigte sich hier gleichfalls mit der Fortbildungsschulfrage. Die vom Referenten vorgeschlagene Resolution, bei den Ministerien um Einführung des Obligatoriums vorstellig zu werden, wurde zwar wieder zurückgezogen, weil es nicht zu den Aufgaben des Vereins gehöre, die eigentlich wirtschaftlichen und sozialen Fragen des Berufs zu behandeln; immerhin wurde aber die Erklärung abgegeben: „Die Versammlung erkennt die Notwendigkeit des Fortbildungsschulunterrichts an und empfiehlt die Förderung desselben seinen Mitgliedern“.

Im Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein die soeben berührte Angelegenheit besonders zu behandeln,

erwies sich für dieses Jahr als überflüssig. Einmal muss die von den oben genannten Verbänden zum Ausdruck gebrachte Stellungnahme zur Sache auf die fortdauernde Beeinflussung vonseiten des A. D. G.-V. zurückgeführt werden, und zum andern lebt letzterer der Ueberzeugung, dass eine endliche befriedigende Regelung dieser Frage erst möglich ist, wenn die Rechtsverhältnisse im Gärtnergewerbe eine gesetzliche Klärung erfahren haben. Da die bestehenden Wirrnisse im Rechtsleben nach allen möglichen Richtungen hemmend und schädigend wirken, so richtete sich die Hauptthätigkeit des A. D. G.-V. zunächst auf diesen Punkt. Aufklärende Artikel und Broschüren wurden veröffentlicht, Petitionen an die gesetzgebenden Körperschaften abgesandt und in der sozialpolitischen und der Tagespresse die Zustände beleuchtet.

Die VI. Generalversammlung des A. D. G.-V., welche vom 6. bis 10. August in Hannover tagte, beschloss u. a. das wöchentliche Erscheinen der Allgemeinen Deutschen Gärtnerzeitung mit einem Stellen-Anzeiger, die Einführung einer freiwilligen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und die Einrichtung einer Abteilung für Gartenarbeiter. Der von verschiedenen Seiten geforderte Anschluss an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wurde, weil unter gegebenen Verhältnissen untunlich, abgelehnt und die Frage vorläufig von der Tagesordnung abgesetzt.

Am 10. August fand im Anschluss an die Generalversammlung des Allg. D. G.-V. der IV. Allgemeine Deutsche Gärtnerstag statt; derselbe beschäftigte sich mit der Frage der Bodenreformbewegung, der Frage der gesetzlichen Organisation der deutschen Gärtnerei und der Frage tariflicher Vereinbarungen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zwecks Regelung von Arbeits- und Lohnstreitigkeiten. In der Organisationsfrage wurde für Angliederung an die Handwerkskammern gestimmt; bezüglich Tarifgemeinschaften wurde der vor zwei Jahren festgelegte Standpunkt erhärtet, und in der Bodenreformsache beschloss am 22. August der Hauptvorstand des A. D. G.-V. den korporativen Beitritt des Vereins zum Bunde der Deutschen Bodenreformer mit einem Jahresbeitrage von 20 Mark.

Ueber die Verhandlungen und Ergebnisse der Generalversammlung des A. D. G.-V. urteilte der Teilnehmer der Deutschen Gärtnervereinigung (vergl.: „Gärtnerzeitung“, Hamburg, vom 26. August): „Soviel wurde mir klar: Im Prinzip, d. h. soweit die gewerkschaftliche Tätigkeit in Frage kommt, besteht seit der Generalversammlung in Hannover kein Unterschied mehr zwischen den feindlichen Brüdern“. Der Hauptvorstand der Deutschen Gärtnervereinigung machte deswegen den Versuch, letztere dem A. D. G.-V. einzuverleiben. Seine Anträge vom 26. August enthielten aber

Bedingungen, die, einmal angenommen, künftighin unbedingt eine Spaltung des A. D. G.-V. bewirkt haben würden. Aus diesem Grunde erfolgte die Ablehnung der Anträge, was auf der andern Seite die schärfsten Ausfälle gegen die Leitung des A. D. G.-V. hervorrief. Auf der IV. Generalversammlung der Deutschen Gärtnervereinigung am 2. und 3. November in Hamburg wurde nun dem bösen Hauptvorstande des A. D. G.-V. und allen, die auf dessen Seite stehen, die heftigste Felde und „Kampf bis auf's Messer“, das heisst bis einer der beiden Verbände zu Boden liege, angesagt. Angesichts der aber etwas gar zu ungleichen Stärke der beiden Gruppen (A. D. G.-V.: ca. 4000 Mitglieder; D. G.-Vg.: ca. 250 Mitglieder) und angesichts besonders des Umstandes, dass es Wichtigeres und Nützlicheres zu tun giebt, musste es der A. D. G.-V. erklärlicherweise ablehnen, den Fehdehandschuh aufzuheben. Wenn die Gegnerschaft dennoch das Bedürfnis hat, zu wüten und zu schimpfen, so wird man ihr diese Privatliebhaberei nicht verbieten können. Für die wirtschaftlichen Berufsverhältnisse etwas Nützliches zu unternehmen ist die D. G.-Vg. eben zu schwach und ohnmächtig. So entschuldigt sich das andere schliesslich. Man darf die Sache nicht gar zu tragisch nehmen.

Der seit dem 7. August 1900 offiziell bestehende Kriegszustand zwischen dem Verband der Handelsgärtner Deutschlands einerseits und dem Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein andererseits zeitigte verschiedene Erscheinungen. (Es wird erinnerlich sein, dass die Verbands-Hauptversammlung am 7. August 1902 beschloss, alle Beziehungen mit der Leitung und dem Organ des A. D. G.-V. abzubrechen, dagegen mit den Mitgliedern des A. D. G.-V. in Fühlung zu bleiben. Die letzteren, die wohl wussten, welch listige Absicht dem Beschlusse innewohnte, erklärten sich jedoch mit ihrer Vereinsleitung und der Leitung ihres Organs [der Zeitung] solidarisch.) Das Organ des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands, das Handelsblatt für den deutschen Gartenbau, hat sein bekanntes Treiben gegen den A. D. G.-V. fortgesetzt und die Leser, d. i. Verbandsmitglieder, weiter mit Vorurteilen und Voreingenommenheit erfüllt. Unsere Prinzipale, welche im Verbandsverbande und dessen Gruppen die Führung haben, entnehmen ihre sozialpolitische Nahrung bekanntlich fast ausnahmslos ihrer Verbandszeitung, dem Handelsblatt. Demgemäss ist denn auch die bezügliche Bildung der meisten bestellt. Vom A. D. G.-V. und seinen Bestrebungen schwebt ihnen nur ein Zerrbild vor, so, wie eben das Handelsblatt es malt. Demzufolge ist nicht zu verwundern, wenn allenthalben mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln die „Ausrottung“ der bösen „Allgemeinen“ betrieben wird. Die Aussperrungs-Affäre in Krefeld (Juli-August) ist im letzten Grunde hierauf zurückzuführen, desgleichen der Beschluss der Gruppe Niederrhein des V. d. H. D. vom 14. September, der ausdrückt, dass die Mitglieder der Gruppe den A. D. G.-V. „mit aller Kraft und allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln“ bekämpfen werden. Und kurz vor Jahresschluss ereignete sich noch das „Heldenstückchen“ in Plauen i. V., gegen das sich endlich einmal die gesamte öffentliche Meinung kehrte und den Herren einen Strich durch die Rechnung machte.

Ungezählt sind die Fälle, in welchen die Gehilfen im Herbst durch Androhung der Entlassung gezwungen wurden, entweder ihre Mitgliedschaft aufzugeben oder dieselbe zu verleugnen.

Recht bemerkenswert ist auch, dass in diesem Winter eine grössere Anzahl von Gehilfen gezwungen worden sind, Verträge zu unterzeichnen, durch welche sie sich verpflichten, ohne Lohnerhöhung bis zum 1. Juni bzw. 1. Juli 1903 im Betriebe zu bleiben; bis dahin werden allwöchentlich oder monatlich Lohnabzüge von 10 bis 30 Prozent gemacht, die verfallen, sofern der Gehilfe den Vertrag früher löst. Die Mitglieder des A. D. G.-V. haben solches Ansinnen zumeist zurückgewiesen und wurden aus diesem Grunde entlassen. —

Das vom A. D. G.-V. im Mai erlassene Preis-Ausschreiben zur Regelung der Lehrlingsfrage, welches an die gesamte Berufswelt gerichtet ist, fand nicht die erwartete

Teilnahme am Wettbewerbe, und musste deswegen der Einlieferungstermin um ein halbes Jahr verlängert werden.

Die Angelegenheit der Rechtsfrage war infolge dauernder Bemühungen zum ersten Male in der Petitionskommission des Reichstags am 21. November Gegenstand eingehender Erörterung und zum zweiten Male in der Reichstagskommission für Vorberatung des Gesetz-Entwurfs zur Regelung der gewerblichen Kinderarbeit am 26. November.

Die allgemeine Geschäftslage des Gärtnereigewerbes stand mit der Industrie auf gleicher Stufe, war also verhältnismässig flau. Zeichen einer aufsteigenden Konjunktur machen sich jedoch bemerkbar, vor allen in der Landschaftsbranche, die für das kommende Frühjahr bereits grössere Verträge abgeschlossen hat. Bleibt der Winter ein anhaltender, so ist wahrscheinlich, dass sich im Frühjahr die Arbeiten recht sehr häufen und dass deswegen die Gehilfen während dieser Zeit ein sehr begehrtes Objekt sein werden. Mögen sie diese Zeit dann auch für sich ausnützen und sich ihre Arbeitskraft bezahlen lassen. Was von Organisations-Wegen in letzterer Beziehung getan werden kann, geschieht bestimmt. Der Abschluss von Tarifverträgen wird dabei als Hauptziel ins Auge zu fassen sein. —

Das Jahr 1902 stand, wie aus dem Dargelegten ersichtlich, im Zeichen des Kampfes und kraftvoller ehrlicher Arbeit um das Wohl unseres Standes. Das Jahr 1903 wird keines der Ruhe sein; vielleicht, ja wahrscheinlich wird es uns noch grössere Aufregungen bringen als das abgelaufene. Mag es das; es wird uns nicht unvorbereitet finden. Nur Bewegung ist Leben, Ruhe der Tod. Der Kampf aber ist der Vater aller Dinge.

Sei uns gegrüsst, du neues Jahr!

O. A.

Plauen im Vogtland.

Eine neue Aussperrungs-Affäre.

Nach Krefeld: M.-Gladbach, und nun Plauen i. Vogtlande! Der von Steglitz her ausgestreute Samen trägt seine Früchte. Diesmal wurde dem Rechenmeister aber ein Strich durch seine Rechnung gemacht; er hatte einen gewichtigen Faktor unbeachtet gelassen, und der meldete sich diesmal: die öffentliche Meinung, des Volkes Rechtsbewusstsein. —

Am 26. November 1902 beschloss der Lokalverein „Veronica“ in Plauen i. V. seinen Beitritt zum Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein. Einige Tage darauf fielen die ersten Opfer. Die Firmen Riedel (Vorsitzender des Vogtländischen Handelsgärtnervereins) und Wagner (Obmann der Ortsgruppe des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands) kündigten ihren Gehilfen, die diesen Beschluss mit gefasst hatten und verboten ihren Binderinnen, an dem am 6. Dezember stattfindenden Winterfest des Zweigvereins Veronica teilzunehmen. Am Abend des besagten Festes berichteten sämtliche Mitglieder dem Vorsitzenden, sie seien heute wegen ihrer Mitgliedschaft zum A. D. G.-V. gekündigt worden, da sie es abgelehnt hätten, der Forderung ihrer Arbeitgeber, wieder auszutreten, nachzukommen. Einzelne der Herren hatten sogar die Unterzeichnung einer schriftlichen Erklärung verlangt, nach welcher die Gehilfen ihre Freiheit auch ausserhalb der Arbeitszeit ihrem Arbeitgeber verkaufen sollten. Es ist also klar, dass am 5. Dezember in einer gemeinsamen Zusammenkunft der Handelsgärtner die Aussperrung der Mitglieder des A. D. G.-V. beschlossen worden ist. Den Geselligkeitsverein Veronica wolle man zwar dulden — einige Liebhaber hatten sich sogleich angeschickt, solchen wieder neu zu gründen —, nur nicht den Zweigverein des A. D. G.-V. Veronica; das hatten mehrere Prinzipale offen ausgesprochen und betätigten die anderen durch Beteiligung an der Aussperrung.

Einen soeben erst vom gewerkschaftlichen Geist schwach berührten Verein das Lebenslicht auszublenden, bzw. ihn wieder in die alte Finsternis zurückzuführen, ist doch ein Kinderspiel. So dachten die Plauener Prinzipale. Sie waren darum nicht wenig überrascht, als sich alle davon betroffenen Gehilfen zur Wehr setzten und lieber die Kündigung hinnahmen, um fünf Tage vor Weihnachten brotlos zu werden, als sich ihr Koalitionsrecht rauben zu lassen. So etwas stand ausserhalb des Bereichs ihrer Voraussetzungen. Aber an diesem zähen Widerstande war nur der verwünschte Vorsitzende Prinz schuld! Der muss unschädlich gemacht werden. Und der Streich gelingt; der Arbeitgeber des P.

glaubt den vom Hass diktierten Angebereien eines Handelsgärtners und P. wird Knall und Fall als »Sozialdemokrat, Anarchist und noch Schlimmeres« zum Tempel hinausgeworfen. Nun werden die anderen schon zahm werden! Doch — was ist das? Die Presse öffnet den Gehilfen ihre Spalten, und sogar die nichtsozialdemokratische? Das ist unerhört! Es war doch so fein eingefädelt; es war doch durch eine Korrespondenz nach allen Winden hin mitgeteilt worden: »Hier ist sämtlichen Mitgliedern des Gärtnervereins Veronica gekündigt worden, weil der Verein dem sozialdemokratischen Tendenzen verfolgenden Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein beigetreten ist.« (So berichten zum Beispiel: »Dresdner Anzeiger«, »Nachrichten für Grimma und Umgegend«, »Dresdener Neueste Nachrichten«, »Leipziger Tageblatt« und andere. Die Redaktion.)

Also: Die Plauenschen Zeitungen („Vogtländischer Anzeiger und Tageblatt“ und „Neue Vogtländische Zeitung“) nahmen nicht blos bezahlte Inserate der Ausgesperrten auf, in welchen die Sachlage objektiv dargestellt und die unbegründeten Beschuldigungen zurückgewiesen wurden, sondern berichteten im lokalen Teil selbst sachgemäss.

Und gar der »Reichsbote« und die »Staatsbürger-Zeitung« und andere von der politischen Rechten brachten folgende Mitteilung:

„Wie Sozialdemokraten gezüchtet werden zeigt wieder recht deutlich ein Vorgang, der uns aus Plauen mitgeteilt wird. Dort besteht ein nicht-sozialdemokratischer Gärtnerverein „Veronica“, der kürzlich beschloss, sich in einen Zweigverein des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins umzuwandeln. Bekanntlich ist der A. Deutsche Gärtnerverein eine Arbeitnehmerorganisation, die bisher jeden Versuch sozialdemokratischer Einmischung energisch abgewiesen und sich von jeder Parteibevormundung freigehalten hat. Die Antwort der Prinzipale auf diesen Beschluss war eine Versammlung mit der Tagesordnung: „Bekämpfung des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins.“ Man erklärte den Lokalverein „Veronica“ zu dulden, nicht aber seinen Anschluss an den Allg. D. G.-V. Dieser Diktatur haben sich die Mitglieder nicht gefügt. Darauf erhielten alle Widerstrebende von ihren Meistern sofortige Kündigung und zwar zum 20. Dezember. Durch diese Handlungsweise sind lauter königstreue, durchaus loyale Arbeiter mitten im Winter, in einer für die Gärtner so ungünstigen Zeit, ohne weiteres aufs Strassenpflaster geworfen worden und dies vier Tage vor dem heiligen Weihnachtsfeste! Wie dieser Unternehmerschlag nicht nur gemütvorbitternd, sondern auch politisch verhetzend wirken muss, liegt auf der Hand. Und man wundert sich noch über die Stärke der Sozialdemokratie, wenn auch so loyale Organisationen so brutal zertrümmert werden?“

Auf die Veröffentlichungen der Ausgesperrten, u. a. Bekanntgabe der Lohnverhältnisse und Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben, antworteten die Massregler zunächst: sie würden sich „auf einen Zeitungskrieg nicht einlassen, sondern den Rechtsweg betreten.“ Dass dieses nur eine Verlegenheitsausrede war, fühlten aber auch alle Unbeteiligten. Die Stimmung der öffentlichen Meinung, des gebildeten und sozial gesinnten Bürgertums — von der selbstverständlichen Sympathie der Arbeiterschaft ganz abgesehen — war sogleich auf der Seite der Ausgesperrten, die jetzt das Gewerbegericht als Einigungsamt anriefen. Die Verhandlung am Freitag, den 12. Dezember verlief indes ergebnislos, da der Gewerbegerichtsvorsitzende den Vorsitzenden der „Veronica“ als Vertreter ablehnte, weil derselbe in einer Herrschaftsgärtnerei tätig gewesen war und die Gehilfen erklärten, nur diesen als ihren Vertreter anzuerkennen. Nunmehr wurde eine öffentliche Versammlung arrangiert und dazu telegraphisch der Redakteur der Allgemeinen Deutschen Gärtnerzeitung als Referent beordert.

Die Versammlung fand am Montag-Abend, den 15. Dezember statt. Dieselbe war wohl von sämtlichen Prinzipalen und Gehilfen und einer grösseren Anzahl Herren aus dem gebildeten und sozialgesinnten Bürgertum und der Arbeiterschaft besucht. Die Besucherzahl betrug 150 bis 200. Albrecht-Berlin sprach als erster Redner über das Koalitionsrecht der Gärtner; er führte in seiner ungefähr 1½ stündigen Rede vor Augen, wie die gewerkschaftliche Organisation der Gärtnergehilfen Deutschlands sich entwickelt und insbesondere, welche Kämpfe dieselbe während der letzten Jahre zu führen gehabt, nur, um überhaupt ihre Existenzberechtigung von der Arbeiterschaft anerkannt zu bekommen. »Mit einem glühenden Appell an die Gehilfen-

schaft« — so schreibt in seinem Bericht das Vogtländische Tageblatt und Anzeiger —, „unentwegt für ihre Interessen einzutreten, schliesst der Redner seine mit ungeteiltem Beifall aufgenommene Ansprache.“ Nun ergriff der Vorsitzende des Zweigvereins Veronica das Wort und schilderte die ganze Plauener Aussperrungsangelegenheit, anknüpfend an einen Artikel, der am selbigen Abend im Vogtländischen Anz. u. Tgbl. von einem Prinzipal veröffentlicht worden war. Dieser Artikel zeigte so recht die Gesinnung der Massregler und die unlauteren Mittel, mit denen in solchen Fällen gewöhnlich operiert wird. Vornehmlich lief das Ganze nämlich dahin hinaus, die Gehilfen im A. D. G.-V. als Sozialdemokraten und Umstürzler anzuschwärzen und das eigene rigorose, nur von materiellen Interessen diktierte Vorgehen als eine staatsretterische Tat darzustellen. Prinz zerpfückte den Artikel unnachsichtlich und widerlegte die Beschuldigungen, an die Kollegen appellierend, treu zum Verein zu stehen. Auch diese Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Als erster Debatteredner sprach Herr Gymnasialoberlehrer Dr. v. Weidauer, der als Unparteiischer den Arbeitgebern ihr Unrecht vor Augen führte und die gewerkschaftlichen Bestrebungen nicht blos als berechtigte, sondern als der Unterstützung jedes national und sozial denkenden Menschen betonte. Die Sympathien der Unbeteiligten ständen entschieden auf der Seite der Ausgesperrten.

Die Arbeitgeber schienen sich vor der Versammlung bedredet zu haben, die Sache so darzustellen, als liege eine »Aussperrung« überhaupt nicht vor; ihre Redner erklärten nämlich durchgehends, sie hätten garnichts gegen die Koalitionsfreiheit der Gehilfen: die Massregelung sei nur erfolgt, weil im Verein Veronica gegen die Prinzipale gehetzt worden sei. Doch, diese Argumente waren zu fadenscheinig.

Die Debatten wurden fast uferlos. Dem mehrfache Auftreten des schon genannten Herrn Dr. v. Weidauer und des Herrn Landrichters Dr. Leo ist es zum grossen Teil zu danken, dass nachts gegen 2 Uhr endlich ein Boden zur Verständigung gelegt werden konnte. Auf Vorschlag des Vertreters der Hauptleitung des A. D. G.-V. Albrecht-Berlin erklärten sich die Arbeitgeber mit der Bildung eines Schiedsamts einverstanden, das aus drei Arbeitgebern, drei Gehilfen und drei Unparteiischen zusammengesetzt ist. Als Unparteiische schlug Albrecht die Herren Landrichter Dr. Leo, Gymnasialoberlehrer Dr. v. Weidauer und Kaufmann Findeisen vor, die einstimmig anerkannt wurden und das Amt annahmen.

Bemerkt muss noch werden, dass der Nationalsoziale Verein von Plauen durch seinen Vorsitzenden Landrichter Dr. Leo, eine Resolution zur Verlesung bringen liess, in welcher besagter Verein den Gehilfen in ihrem schweren Kampfe um ihr Recht die volle Sympathie aussprach. Eine ähnlich lautende Resolution verlas im Namen des Plauener Evangelischen Arbeitervereins Herr Gymnasiallehrer Thaden und im Namen des Schiffchenstickervereins dessen Vorsitzender, Herr Forner.

Die Versammlung konnte 2¼ Uhr in der bestimmten Annahme geschlossen werden, dass das Schiedsamt eine befriedigende Lösung der Angelegenheit herbeiführen werde. Es tagte gleich den Abend darauf; aber es waren noch viele Mühen zu bewältigen. Nach fünfständiger Verhandlung endlich kam folgender Vergleich zustande:

„1. a) Die gekündigten Gehilfen werden mindestens so lange in Arbeit behalten, bis sie eine andere Stellung gefunden haben.

b) Wegen seiner Zugehörigkeit zum Verein »Veronica«, den sie als Zweigverein des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins anerkennen, verpflichten sich die Prinzipale, einen Gehilfen nicht zu entlassen.

Hierzu erklären die Vertreter der Prinzipale, dass sie und die von ihnen vertretenen Prinzipale die Koalitionsfreiheit der Gärtnergehilfen anerkennen, und dass diejenigen, die einen entgegengesetzten Standpunkt eingenommen, diesen verlassen haben. Andererseits wird festgestellt, dass in den Veröffentlichungen in der Presse einige Unrichtigkeiten unterlaufen sind.

2. Die Frage nach der Einsetzung eines ständigen Schiedsamts und der Schaffung eines gemeinsamen Stellennachweises soll beiderseits näher getreten werden.

Die streitenden Parteien haben sich endlich noch gegenseitig zugesichert, weitere Veröffentlichungen über den

durch diesen Vergleich beigelegten Streit durch die Presse zu unterlassen.

Plauen i. V., den 16. Dezember 1902.

I. A. der Kommission: gez. L e o, Landrichter, Schriftführer.“

So also der Verlauf der Aussperrungs-Affäre und so ihr Ende.

Die Gehilfenschaft, eben erst in das Gewerkschaftsleben eingetreten, hat sich über alles Erwarten tapfer gezeigt. Der Hauptanteil an dem guten Erfolge aber ist ihrer taktisch vorzüglichen, schlagfertigen und besonnenen L e i t u n g (dem Vorsitzenden Prinz) zuzuerkennen, dem es zu verdanken ist, dass die öffentliche Meinung mobil gemacht werden konnte, dass das gebildete, sozialgesinnte Bürgertum für die Vergewaltigten in die Schranken trat. Ohne diese Hilfe wäre es jedenfalls unmöglich gewesen, dem Rechte zum Siege zu verhelfen; da würde einfach die brutale Gewalt triumphiert haben. —

Doch, nun weiterhin die Augen auf, und auf dem Posten geblieben, Ihr da unten an der böhmisch-bayrischen Grenze; denn seeben, da wir dies niederschreiben, berichtet man uns, dass sich Neigungen bemerkbar machen, Euch nach und nach abzuschieben und neues Personal heranzuziehen. Ihr habt Euch jetzt in der für uns Gärtner ungünstigsten Jahreszeit bewährt, und Ihr werdet auch weiterhin Euren Mann stellen. —

Die Steglitzer Herren aber, welche die ganze Sache eingebrockt haben, mögen an der Plauerer Aussperrungsgeschichte erkennen lernen, dass nicht immer die Macht triumphiert. Mögen uns von jener Seite auch noch so viele Kämpfe bereitet werden:

Mit uns ist das Recht, und am letzten Ende bleibt doch dieses der Sieger!

O. Albrecht.

Gärtnerlehranstalt Köstritz contra R. Stavenhagen.

Von dem Direktor der Gärtnerlehranstalt zu Köstritz, Herrn Dr. Settegast, erhalten wir folgende Zuschrift mit dem Ersuchen um Veröffentlichung:

In No. 23 der „Allgemeinen Deutschen Gärtnerzeitung“ werden in einem mit R. Stavenhagen unterzeichneten Artikel die öffentlichen Bildungsangelegenheiten der Gärtner besprochen. Die in demselben enthaltenen Bemerkungen über die Gärtnerlehranstalt Köstritz veranlassen den unterzeichneten Direktor zu nachstehender Entgegnung und Berichtigung:

Die Gärtnerlehranstalt Köstritz steht unter Staatsaufsicht und wird durch die hohe Fürstlich Reussische Regierung subventioniert, ist also keine Privatanstalt in dem Sinne, wie der Verfasser es anzunehmen beliebt. Den Prüfungen wohnen Vertreter der Regierung und des Kuratoriums bei und haben Se. Durchlaucht Fürst Heinrich XXVII Reuss j. L. und Se. Durchlaucht Fürst Heinrich XXIV. Reuss-Köstritz, hervorragende Fachmänner, Direktoren von Lehranstalten des In- und Auslandes, die Anstalt eingehend besichtigt, dem Unterrichte beigewohnt und den Leistungen vollste Anerkennung gezollt. Die Obergärtner-Prüfung ist schon seit 1892 in Köstritz eingeführt, und werden an die Prüflinge, welche sich ihr unterwerfen wollen, hohe Anforderungen an theoretischem Wissen und gärtnerischem Können gestellt.

Nachdem erst neuerdings von den preussischen Anstalten die Einrichtung getroffen worden ist, dass die Kandidaten das Prädikat „staatlich geprüfter Obergärtner“ erhalten, wird auch hier, ähnlich wie von der Gartenbauschule des Gartenbauverbandes für das Königreich Sachsen, eine konforme Bestimmung beantragt werden. Verfasser sagt: »In Köstritz ist allerdings eine solche Obergärtner-Prüfung eingerichtet, aber es liegt klar auf der Hand, dass vorläufig das dort abgelegte Examen für den Prüfling nur einen bedingten, vorzugsweise ideellen Wert besitzt.« Hat denn nicht auch jetzt die Obergärtner-Prüfung der preussischen Anstalten einen nur ideellen Wert? Oder glaubt Herr Stavenhagen, dass mit ihrem Bestehen eine Garantie für eine Staatsanstellung gegeben ist, oder dass die Handelsgärtner sich beeilen werden, nur staatlich geprüfte Obergärtner zu engagieren? Es existieren in den einzelnen Bundesstaaten keine Bestimmungen, welche Hof- oder Staatsverwaltungen, Lehranstalten oder Korporationen, Handelsgärtner oder Privat-Herrschaften, zwingen könnten, nur in Potsdam, Proskau und Geisenheim geprüfte Obergärtner anzustellen. Der Ausweis über das Bestehen der Prüfung ist eine vorzügliche Empfehlung

bei einer Bewerbung und wird dem Inhaber zum Erfolg verhelfen, falls er auch sonst den Nachweis bringen kann, dass er eine hervorragende Kraft sei.

Verfasser entschuldigt sich in seiner Einleitung damit, dass er keine Anstalt oder Gartenbauschule besucht habe. Gewiss kann ihm daraus kein Vorwurf gemacht werden, wohl aber darüber, dass er sich berufen fühlt, sich als Richter über Gärtner-Lehranstalten aufzuspielen, deren Methode, Ziele und Erfolge er nicht durch persönliche Erfahrungen kennt, noch aufgrund einer gründlichen Fachbildung zu beurteilen vermag. Er sagt: »Er könne sich aufgrund eigenen Anschauungen ein Urteil über die Köstritzer Lehranstalt erlauben.«

Es wird hiermit konstatiert, dass Herr Stavenhagen weder dem Unterrichte beigewohnt, noch irgendwie persönlich Kenntnis von den Einrichtungen und Konstitutionen der Köstritzer Anstalt genommen, noch sich vorgestellt oder schriftliche Informationen eingezogen habe, die ihm jederzeit in zuvorkommender Weise, wie so vielen anderen Herren, die ehrliches Interesse für die Sache hegen, zuteil geworden wäre. Eine Umfrage bei den Handelsgärtnern in Köstritz hat ergeben, dass keiner derselben sich erinnern kann, ihm irgend welche Auskunft über die Anstalt erteilt zu haben. Es können also nur dunkle Quellen sein, aus denen Verfasser seine Informationen geschöpft und sein Urteil gebildet hat, oder sollte er sich damit begnügt haben, die Gebäude der Lehranstalt oder die Kulturen der Lehrlinge der ersten Semester anzuschauen? In seinem Bestreben, die Bedeutung der Lehranstalt herabzusetzen, sagt er: »Sehr besucht ist allerdings die Köstritzer Gartenbauschule, obgleich der einjährige Lehrgang an dieser Anstalt kaum billiger als der in Reutlingen und sicher teurer als der gleiche einjährige Kursus in Geisenheim ist.«

Will Verfasser etwa sagen: »Es kommt mir doch wunderbar vor, dass die Anstalt, trotzdem ihr Besuch nicht viel billiger als der von Reutlingen und Geisenheim ist, so stark besucht wird; oder meint er, dass, je billiger die Anstalt, um so stärker der Besuch sein müsse? Die Köstritzer Gärtnerlehranstalt ist bisher von 1084 Beruhtsgärtnern besucht worden und wird das laufende Winter-Semester von 138 Schülern frequentiert. Der grösste Teil derselben sind Gärtner, welche schon viele Jahre als Gehilfen gearbeitet haben und sich erst nach reiflicher Ueberlegung für den Besuch der Köstritzer Lehranstalt entschieden haben. Es bestehen 4 Kurse; A. einjähriger Kursus für Gehilfen; B. 1 1/2-jährige Kursus für Techniker; C. zweijähriger Kursus für Lehrlinge; D. zweijähriger Kursus für Berechtigung zum einjähr.-freiw. Dienst; also nicht, wie der Verfasser nach eigener Anschauung behauptet, nur ein „einjähriger Kursus“.

Die Anstalt hat sich gleichmässig und stetig entwickelt, und beweisen nachstehende Zahlen der Frequenzliste mehr als langé Entgegnungen.

Sommerhalbjahr	1887 = 8	Winterhalbjahr	1887/88 = 9
	1888 = 9		1888/89 = 14
„	1889 = 10	„	1889/90 = 15
„	1890 = 17	„	1890/91 = 26
„	1891 = 31	„	1891/92 = 32
„	1892 = 33	„	1892/93 = 57
„	1893 = 49	„	1893/94 = 62
„	1894 = 51	„	1894/95 = 77
„	1895 = 77	„	1895/96 = 90
„	1896 = 76	„	1896/97 = 94
„	1897 = 83	„	1897/98 = 92
„	1898 = 80	„	1898/99 = 111
„	1899 = 103	„	1899/1900 = 126
„	1900 = 97	„	1900/1901 = 122
„	1901 = 117	„	1901/1902 = 152
„	1902 = 118		

Verfasser tadelt weiter die Art und Weise der Zusammensetzung des Lehrerkollegiums.

Es wirken an der Gärtnerlehranstalt Köstritz ca. zehn Lehrer, ausser den Obergärtnern, die ausschliesslich den praktischen Dienst der Lehrlinge leiten und werden keine Hilfslehrer, die gleichzeitig an anderen Schulen tätig sind, wie es bei anderen Gärtnerlehranstalten (siehe deutschen Gärtner-Kalender von Paul Parey 1903) üblich ist, verwendet. Von diesen Lehrern haben vier akademische Bildung, je einer hat seine Fachbildung an den Gärtnerlehranstalten in Potsdam, Flora-Köln, Proskau, Geisenheim, Köstritz, Dresden, genossen. Es sind also im Lehrerkollegium gleichsam sämtliche Lehranstalten vertreten, um die Methoden der einzelnen Anstalten verwerten zu können und keine zu vernachlässigen.

Ein Freies volkswirtschaftliches Seminar für Bodenreform.

Die Bodenreformbewegung hat während der letzten Zeit in Deutschland einen unerwarteten Umfang angenommen. Die zur Verfügung stehenden rednerisch begabten Kräfte reichen entfernt nicht mehr aus, um überall dort die Ideen der Bodenreform zum Vortrag zu bringen, wo dies verlangt wird. Der Vorstand des Bundes der Deutschen Bodenreformer hat sich aus diesem Grunde entschlossen, ein „Freies volkswirtschaftliches Seminar“ einzurichten, um die Freunde dieser guten Sache systematisch mit den Lehren der Bodenreform bekannt zu machen und zwar so, dass die Hörer befähigt werden, später selbst als Apostel und Lehrer der Ideen öffentlich aufzutreten, sei es als Redner in Versammlungen, oder sei es, um gelegentlich in der politischen oder Tagespresse die Lehren der Bodenreform wirksam zum Vortrag zu bringen und das Volksempfinden damit zu befruchten.

Der erste Kursus findet im ersten Vierteljahr 1903 statt. Als Lehrstätte steht zur Verfügung: Auditorium 2 der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, Invalidenstr. 42. Der Kursus betitelt sich: „*Probleme der Bodenreform*“. Das einleitende Referat jedes Abends ist auf 20 Minuten festgesetzt; demselben schliesst sich jedesmal eine freie Aussprache der Zuhörer an, deren Redezeit je 10 Minuten betragen darf. Beginn: pünktlich 8¹/₂ Uhr abends; Schluss: 10 Uhr.

- Die Vorträge gliedern sich wie folgt:
1. Sonnabend, 10. Januar: „Wesen und Eigenart der Zuwachsrente.“ Einl. Ref. Admiral Dr. Boeters.
 2. Sonnabend, 17. Januar: „Wesen und Richtung der Bodenspekulation.“ Einl. Ref. Dr. jur. W. Engel.
 3. Sonnabend, 24. Januar: „Zuwachsrente und Gewerkschaftsbewegung.“ Einl. Ref. R. Döring, Landesgeschäftsführer des Deutschnationalen Handlungsgelhilfenverbandes.
 4. Sonnabend, 31. Januar: „Zuwachsrente und Genossenschaftsbewegung.“ Einl. Ref. P. Schirmeister-Eden.
 5. Sonnabend, 7. Februar: „Ist eine Steuer auf Grundwerte abwälzbar?“ Einl. Ref. Dr. jur. W. Engel.
 6. Sonnabend, 14. Februar: „Bauplatzsteuer oder Steuer nach dem gemeinen Wert?“
 7. Sonnabend, 21. Februar: „Wie kann die Zuwachssteuer praktisch gestaltet werden?“
 8. Sonnabend, 28. Februar: „Der Einfluss der Bauordnung auf Boden- und Wohnungspreis.“
 9. Sonnabend, 7. März: „Wohnungsbau durch Gemeinden oder Erbbaurecht?“
 10. Sonnabend, 14. März: „Baugenossenschaftsbewegung und ihre Gefahren.“
 11. Sonnabend, 21. März: „Einwände gegen die Bodenreform.“
 12. Sonnabend, 28. März: „Einwände gegen die Bodenreform.“

Die einleitenden Referate von 6—10 sind noch nicht vergeben und sollen von Mitgliedern des Seminars besetzt werden; zu den Referaten 11 und 12 sollen bekannte wissenschaftliche Gegner der Bodenreform gewonnen werden.

Die Herren Referenten sind um Niederschrift ihrer Ausführung gebeten, ebenso die Teilnehmer an der Diskussion, da eine Drucklegung der Verhandlungen ins Auge gefasst ist.

Gemeinsame Besichtigungen unter sachkundiger Führung von volkswirtschaftlich interessanten Versuchen sind vorgesehen: Häuser des „Spar- und Bauvereins“, des „Beamten-Wohnungsvereins“, „Freie Scholle“, der Siedlungsgenossenschaft „Eden“ u. s. w.

Mitglieder des Bundes Deutscher Bodenreformer und der Frauengruppe haben freien Zutritt*) — Gäste, Damen und Herren sind sehr willkommen und zahlen eine Einschreibegeldgebühr von 1 Mk.

Anmeldungen werden möglichst bald an den Bundesvorsitzenden A. Damaschke, Arkonaplatz 8, erbeten.

Rundschau.

— Der Deutsche Gärtner-Verein, London, welcher bestrebt ist, den hiesigen deutschen Gärtnern Gelegenheit zu geben, ihre Kenntnisse durch Beratung von Fachfragen zu erweitern, hat diesem Ziel auch im letzten halben Jahre in jeder Beziehung Rechnung getragen.

*) Sämtliche Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins, welche sich durch ihr Mitgliedsbuch als solche ausweisen, geniessen infolge Verwendung unserer Geschäftsstelle dieses Vorrecht ebenfalls. D. Red.

Zum Lehrberuf gehören ausser gründlichen, theoretischen und praktischen Kenntnissen pädagogisches Talent und Lehrgeschick. Wer die letzteren Eigenschaften nicht besitzt, kann zwar ein tüchtiger Gärtner, unter Umständen auch Redakteur, aber nur ein ungeeigneter Lehrer sein.

Er sagt weiter: »Die Lehrer sollen zu jung sein und deren Gehalt nur dem der tüchtigen Gehilfen gleichkommen, wodurch ein häufiger Lehrerwechsel verursacht würde.« Dass an einer grösseren Lehranstalt, die ein Lehrerkollegium von 10 und mehr Herren beschäftigt, ein Wechsel häufiger erfolgt, als bei kleinen Anstalten, von denen nur 1—3 Lehrer vorhanden sind, ist selbstverständlich, zumal wenn hohe Ansprüche an die Lehrbefähigung gestellt werden. Die aus dem Kollegium etwa ausscheidenden Herren, die sich im Lehrberuf bewährt, haben aufgrund der ihnen zuteil gewordenen Empfehlung sehr günstige Stellen im In- oder Auslande erhalten und sind als Direktoren oder Lehrer an Gartenbau- oder landwirtschaftliche Schulen oder Kammern berufen worden. Auch die Lehrer der preussischen Anstalten bewerben sich, sobald sie sich verbessern können, um andere Stellungen, und wird daraus der Direktion kein Vorwurf gemacht.

Leider sind vor einigen Semestern durch den Tod zwei sehr verdiente Lehrer, die Herren Inspektor Gielen und Ingenieur Riedig der Anstalt kurz hintereinander entrissen worden, und neue Kräfte mussten an ihre Stelle treten, daher der Wechsel plötzlich grösser war, als in normalen Verhältnissen. Sollte der Fall auch nicht bei anderen Anstalten eintreten können?

Was das Alter der Lehrer anbetrifft, so kann konstatiert werden, dass drei Herren ca. 40—50, drei 30—40 und vier 24—30 Jahre alt sind, und das nennt der Verfasser ein zu junges Kollegium! Die Befürchtung des Herrn Stavenhagen, dass die Anstalt durch den Lehrerwechsel Schaden nehmen könnte, klingt in seinem Munde, nach dem er sich nach Kräften bemüht hat, dieselbe zu diskreditieren und herabzusetzen, mehr als sonderbar. Die Sorge für die Ehre und Weiterentwicklung der Köstritzer Lehranstalt soll er nur dem bisherigen Direktor überlassen, der unbeeinträchtigt von Hass und Neid für dieselbe eintreten und im Interesse des gesamten Gärtnerstandes wie bisher, weiter wirken wird.

Müssig ist der Streit über die Frage, welches die beste Gärtner-Lehranstalt sei; jede hat einen besonderen Charakter und verfolgt andere Ziele. Einig sind sie aber alle in dem Streben, dem jungen Gärtner eine zeitgemässe Fachbildung mit auf den Lebensweg zu geben, die ihn befähigt, den Kampf um die Existenz mit Erfolg aufzunehmen und siegreich zu bestehen.

Es wäre ein grosser Fehler, wenn einzelne Anstalten ein Privileg besässen und gleichsam die Fachbildung in Monopol hätten und dem freien Wettbewerb Schranken gezogen würden. Die Forderungen der gärtnerischen Praxis an die Art und Weise der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Jünger sind so vielseitig, dass dieselben sich schwer in einen bürokratischen Rahmen spannen lassen und ausschliesslich in Staatsanstalten befriedigt werden können. Eine den Verhältnissen angepasste Fachbildung ist auch im Gärtnerstande auf die Dauer, wie in allen übrigen Berufen, nicht zu entbehren. Wenn es auch vielen tüchtigen Gärtnern ohne den Besuch einer Anstalt gelingt, sich gesicherte Lebensstellung zu erwerben, so wird die Bedeutung der Fachschulen dadurch nicht gemindert; den Anstaltlern wird es nur durch den Besitz der theoretischen Bildung leichter gemacht, vorwärts zu kommen. Herr Stavenhagen ergreift die Partei der Nichtanstaltler, weil er selber keine Fachschule besucht hat und nennt das parteilos bleiben; er wendet sich gegen die Vorrechte der Anstalten und bekämpft die, welche keine Vorrechte beansprucht hat; er fordert Staatsanstalten und sollte doch als langjähriger, ehemaliger Redakteur des Handelsgärtner von B. Thalacker-Leipzig wissen, dass die deutsche Gärtnerei der Staatshilfe wenig bisher zu verdanken hat und ihre Erfolge nur der eignen Kraft beimessen kann.

Glaubt er, mit seinen Ausführungen der Allgemeinheit dienen zu können, so war es wohl seine Pflicht, sich eingehend zu informieren und sich nicht nach dem lateinischen Sprichwort zu richten: „Nur kühn verleumden, es bleibt doch immer etwas hängen“.

Der Direktor der Gärtner-Lehranstalt Köstritz.
Dezember 1902. Dr. H. Settegast.

Nachschrift der Redaktion: Die Erwiderung des Herrn Stavenhagen folgt Raumes halber erst in der nächsten Nummer.

Die Sitzungen, die durchschnittlich von 18 Mitgliedern und 5 Gästen besucht waren, wurden durch Vorträge, wie durch fachwissenschaftliche Diskussionen so interessant wie möglich gestaltet. Es fanden 11 Versammlungen, darunter 1 Generalversammlung, ein gemeinschaftlicher Ausflug und die 25jährige Jubelfeier des Vereins statt. Die Anzahl der hier zur Zeit anwesenden Mitglieder ist 40. Vorträge wurden folgende gehalten: Anzucht von Tafel- und Ausstellungssobst; Aufbewahren von Obst; Poinsettia pulcherrima; Krankheiten der Ericen; Gardenia florida; Pancratium speciosum. Besondere Erwähnung verdient das 25jährige Stiftungsfest, welches im festlich dekorierten Saale unseres Vereinslokales unter Musik und Gesang einen herrlichen Verlauf nahm. Der Vorstand setzt sich z. Zt. aus folgenden Herren zusammen: Vorsitzender Pingel, Stellvertreter Lutz; Schriftführer Daniel, Stellvertreter Meili; Kassierer Gräfe, Stellvertreter Hoffmann, Bücherwart Klein, Stellvertreter Karrer. Versammlungen finden statt jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat im Vereinslokal: Weddes Hotel, 12 Greek Street, Soho, London (Westen).

I. A. Arthur Beinroth, I. Schriftführer.

Das neue Zolltarifgesetz ist, mit ganz geringen Abänderungen, durch ein Verständigungsverfahren eigentümlichster Art der Mehrheitsparteien am Sonntag, den 14. Dezember, früh 1/25 Uhr vom Reichstag nach den Kommissionsbeschlüssen in Bausch und Bogen angenommen worden. Die Regierung gab der Hoffnung Ausdruck, dass es ihr möglich sein werde, aufgrund dieses Gesetzes neue Handelsverträge abzuschließen. Die Gärtnerei hat nicht besonders abgeschnitten; eigentlicher Schutz kommt nur dem Nutzgartenbau zu; die Kunst- und Ziergärtnerei geht ziemlich leer aus; es sind ihr sogar Produkte verteuert worden, die sie stets vom Auslande als Rohprodukte beziehen muss. Man vergleiche hierzu unsere Berichte auf Seite 79 und 102 des vor. Jahrganges dieser Zeitung.

Zur Rechtslage. Bei den im November v. Js. in Düsseldorf stattgefundenen Gewerbegerichtsbekanntmachungen wurden wieder sämtliche Gärtner von der Wahlberechtigung ausgeschlossen und der Landwirtschaft zugerechnet, trotzdem der Regierungspräsident dem Zweigverein Hortulania ausdrücklich geantwortet hatte, es würde dabei in Gemässheit des Ministerialerlasses vom 20. Januar 1901 verfahren werden.

Aus Stadtgärtnereien. Die Lohnverhältnisse der städtischen Gärtner, Garten- und Parkarbeiter in Berlin beschäftigten am 20. Dezember v. Js. die Park- und Gartenbau-Deputation des Berliner Magistrats. Die Eingabe der Gärtner und Arbeiter auf eine zeitgemässe Erhöhung wurde dem Ausschuss zur Festsetzung von Normen für die Entlohnung städtischer Arbeiter überwiesen. Dem Ansuchen auf Errichtung eines Arbeiterausschusses für die Gärtner, Park- und Gartenarbeiter stimmte die Deputation zu, und sollen entsprechende Vorbereitungen schleunigst in die Wege geleitet werden.

Krankenkasse f. d. Gärtner.

Ganz ausserordentlich sind die Erfolge, welche die Krankenkasse für deutsche Gärtner auch im vergangenen Jahre, Dank der treuen Mitarbeit der verehrlichen Vorstände, zu verzeichnen hat. Neben den grossen Summen, welche zur Auszahlung gelangten, war auch die Zunahme neuer Mitglieder recht beträchtlich, gelangte doch am 1. Dezember d. J. das 66,000 ste Mitgliedsbuch zum Versand, ebenso konnten auch im vergangenen Jahr wieder 15 neue Verwaltungsstellen errichtet werden.

Den verehrlichen Vorständen, sowie allen Mitarbeitern und Förderern der Krankenkasse sagen wir bei Beginn des neuen Geschäftsjahres für bisherige Mühewaltung und die uns bei Ausführung der Kassengeschäfte zu jeder Zeit entgegengebrachte Unterstützung hiermit unseren herzlichsten Dank.

Eine weitere Verwaltungsstelle wurde in Lörrach (Baden) errichtet und setzt sich der Vorstand daselbst aus nachstehend verzeichneten Herren zusammen:

339. Lörrach (Baden).
 Vorsitzender: Herr Julius Reiser, Lörrach, Turmstr. 50.
 Kassierer: Georg Häfelinger, „ Köchlinstr. 19.
 Kontrolleur: „ F. Forster, „ Turmstr. 45.
 Stellvertreter: „ J. Hauser, „ Turmstr. 50.

Der Hauptvorstand:

F. Fahrenberg. C. E. O. Busse. J. Schwark.
 G. R. Heyer. August Stamme. Victor Gustedt.

Alle Sendungen (Geld, Briefe etc.) sind an den Geschäftsführer

Franz Behrens,
 Berlin, Metzger-Strasse 3,
 zu richten.

Vereins-Nachrichten.

Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein.

Geschäftsstelle:

Berlin, Metzger-Strasse 3.
 Fernsprech-Anschluss Amt III,
 No. 5382.

Zum Jahreswechsel übermitteln hierdurch allen verehrlichen Mitgliedern und Freunden unserer Vereinskasse die

★ Herzlichsten Glückwünsche ★

mit der gleichzeitigen Bitte um weitere treue Mitarbeit.

Hauptvorstand, Revisoren, Hauptgeschäftsstelle und Redaktion.

Hauptvorstand und Geschäftsstelle.

* Neu angemeldete Mitglieder.

(§ 3 Abs. 4: Erfolgt innerhalb 14 Tagen nach der Veröffentlichung beim Hauptvorstande keine begründete Einsprache, so ist die Aufnahme gültig.)

Berlin: Ulrich Staffeld, Arno Oehmichen, R. Weinrebe, Paul Jannes, Ulrich Backe, Theodor Parzonka, Emil Sawusch, Georg Schultz, Johann Thür. — B.-Charlottenburg: Albert Wohlgemuth, Gustav Beider, Peter Verrando. — B.-Friedenau: Ernst Niermann. — B.-Grünwald: Carl Förschke, Max Graf, Leopold Haudan. — B.-Lichtenberg: Gustav Finke, Otto Ringhand, Otto Unger. — B.-Pankow: Hermann Ilgner, Paul Hennig, Otto Hartwig. — B.-Rixdorf: Wilhelm Böhm, Wilhelm Seifert. — B.-Wannsee: Alfred Tauchert, Jakob Keck. — B.-Weissensee: August Burschkies, Emil Hildebrandt, Erdmann Page. — B.-Wilmsdorf: Josef Kubala, Ernst Thunack, Franz Grosse. — B.-Zehlendorf: Wilhelm Düball. — Aschaffenburg: Johann Keimig. — Berka a. Ilm: Leopold Bürger. — Bautzen: Otto Schmidt, Fritz Falk. — Bogen: Josef Reischer. — Braunschweig: K. Peters, Robert Arndt, A. Neumann. — Calcar: Hermann Janssen. — Cannstatt: Georg Behnisch, August Bröderle. — Cassel: Peter Erbslöh, Hermann Bauder. — Danzig: Wilhelm Grubbe, Felix Böhm, Otto Harthun, Eugen Streicher, Ernst Wolff. — D.-Langfuhr: H. Domnick, Julius Bartsch,

W. Geffke, C. Hammer, Fritz Kaiser, Otto Trigel, Fritz Schlißki — Darmstadt: Heinrich Tunnel. — Duisburg: Clemens Geene Wilhelm Grashoff, Peter Bonnemann. — Dresden-Laubegast: Sigismund Schauer, Emil Senger, Hermann Potratz, Ferdinand Müller, Boleslaus Kublinski, Carl Jandel, Franz Hennl. — D.-Seidnitz: Gustav Rätz. — Einbeck: Friedrich Bachmann. — Elberfeld: Adolf Meyer, Eduard Voesch, Peter Röhrig, Ewald Benninghaus. — Elmshorn: H. Kröplin, Ernst Fischer, H. Pein, Joachim Tantau. — Erfurt: Carl Peplow, Hans Witt. — Essen (Ruhr): Max Stantze, Jak. Bender. — Forchheim (Bayern): Max Oscar Friedrich. — Frankfurt a. M.: Fritz Schneider, Theodor Scheer.

Bekanntmachungen.

* Laut Generalversammlungsbeschluss sind die Beiträge ab 1. Januar 1903 um 10 Pfg. erhöht. Somit beträgt der Beitrag für Einzelmitglieder monatlich 85 Pfg., für Zweigvereins-Mitglieder 75 Pfg. Die Herren Kassierer wollen dies, bitte, sehr beachten.

* In das Mitgliedsbuch auf der ersten inneren Deckel-seite einzukleben ist das mit dieser Nummer an die Mitglieder zur Verteilung gelangende rosafarbige Unterstützungs-Antrag-Formular. Die Zweigvereins-Mitglieder müssen sich diese Formulare von den Kassierern fordern. Bitte, dieses ja nicht zu versäumen.

Ab 1. Januar 1903 kommen anstelle der Unterstützungs-Ausweiskarten **Unterstützungs-Quittungsbücher** an die Unterstützung beanspruchenden Mitglieder zur Ausgabe. Diese enthalten soviel ausgefertigte Quittungen als der Inhaber Tagesunterstützungen zu beanspruchen hat. Die Unterstützungen betragen pro Tag 75 Pfg. Die bisher gültigen Quittungsformulare kommen in Wegfall. Der auszählende Kassierer trennt aus dem Quittungsbuch soviel Quittungen heraus als der Inhaber Tagesunterstützungen erhält. Jede Quittung muss der Empfänger unterschreiben. Jede Auszahlung muss der Kassierer in das Quittungsbuch eintragen. An diejenigen Mitglieder, welche noch im Besitz einer vor dem 1. Januar 1903 ausgefertigten Ausweiskarte sind, wird die Unterstützung nach den bisher geltenden Sätzen ausbezahlt. (Kilometer). An die Mitglieder jedoch, welche ein neues Unterstützungs-Quittungsbuch besitzen, ist nur Tagegeld und kein Kilometergeld zu zahlen.

* **Unleserlich.** Mitglied No. 20579 hat seine Abonnements-Quittung I. Quartal 1903 eingesandt, jedoch ist der Name unleserlich. Bitte, sich zu melden und den Namen leserlich zu schreiben; dasselbe trifft für Mitglied No. 17933 zu. Aus Altona-Ottensen (Poststempel 20. 12. 02.) ist eine Postquittung (vom 16. Dezember 02) ohne Mitgliedsnummer, Name und Adresse eingesandt worden. Wer ist der Absender?

* **Ihre Adressen** wollen die Kollegen F. Bierwagen (19923), F. Hanselmann (20088), O. Rosemann (15903) Hutschenreuter, Jos. Sassenhoff und Gust. Burghardt (10484) an uns einsenden, damit wir ihnen die Mitgliedsbücher bzw. Quittungsmarken schicken können.

Man schreibe unter jeder Postsache seine volle Adresse.

* **Ausgeschlossen** wurden vom Zweigverein Möckern Mitglied No. 17654 Oskar Uhlmann, vom Zweigverein Halle a. S. No. 20037 Michael Mikutta und No. 20058 Albert Mertens. § 5 Abs. 1.

* **Abgerechnet haben für das II. Vierteljahr 1902:** Eupen; **für das III. Vierteljahr 1902:** Braunschweig, Bremen, Coswig, Eupen, Homburg v. d. H., Stuttgart, Quedlinburg, **für das IV. Vierteljahr 1902:** Bremen, Dresden-Gruna, Eupen, Geldern, Pankow, Quedlinburg, Remscheid, Schöneberg, Weissensee.

* **Das Senden der Mitgliedsbücher** durch die Post kostet 10 Pfg. Porto. Jedoch muss das Couvert offen bleiben und die Aufschrift „Geschäftspapiere“ tragen. Als „Drucksache“ ist unzulässig. Als „Brief“ kostet ein Mitgliedsbuch 20 Pfg. Porto.

* **Bekanntmachung der Verlagsbuchhandlung des A. D. G.-V.** Der Allg. Deutsche Gärtner-Kalender 1903 und das Deutsche Gärtner-Liederbuch kosten für Mitglieder je 75 Pfg. Die Vorstände wollen beachten, dass die Bücher an Nichtmitglieder nicht unter 1 Mk. zu verkaufen sind. Den Betrag von 25 Pfg. pro Buch, den die Nichtmitgliedern mehr als 75 Pfg. zahlen, soll in der Lokal-Kasse des Zweigvereins oder der Zahlstelle verbleiben. Es liegt also auch im finanziellen Interesse der Zweigvereine, für regen Verkauf an Nichtmitglieder zu sorgen.

Franz Behrens, Geschäftsführer.

Bericht aus der Hauptvorstandssitzung am 5. Dezember 1902. Anwesend der Vorsitzende Klein, der Geschäftsführer Behrens, die Beisitzer Strohalm und Löcher (Gerth fehlt entschuldigt), die Revisoren Satow, Galler, Schmidt, der Redakteur Albrecht. Gegenstand der Verhandlungen sind vornehmlich innere Verwaltungs- und Vereinsangelegenheiten. Von einer Seite wird dar Antrag gestellt, im Statut der Arbeitslosenversicherung einen Paragraph einzuschalten, nach welchem bei einerevent. Auflösung dieser Kasse die derselben angehörenden Mitglieder wieder in ihre alten Vereins-Unterstützungsrechte eingesetzt werden. Hierzu wird erklärt, dass ein solcher Paragraph in das Hauptstatut gehört, und gemäss Generalversammlungsbeschluss auch aufgenommen werde. Sämtliche auf der letzten Generalversammlung beschlossenen Aenderungen des Statuts sollen vorläufig (aus Sparsamkeitsgründen) als Nachtrag gedruckt und an die Mitglieder ausgegeben werden. Ein Antrag, den im Winter mindestens 3 Monate lang arbeitslosen Mitgliedern während dieser Zeit die Beiträge zu erlassen, wird als statutowidrig abgelehnt. Eine Beschwerde des Pommer-schen Gauses ist als erledigt zu betrachten, da inzwischen aufgeklärt. Zum Preis-Ausschreiben, die Lehrlingsfrage betreffend, wird beschlossen, den Einlieferungstermin weiter hinauszuschieben und auf den 30. Juni 1903 festzusetzen. Schluss der Sitzung 12¼ Uhr.

Franz Behrens, Geschäftsführer.

Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit.

In den nächsten Tagen kommen die Mitgliedskarten an die sich gemeldeten Mitglieder zum Versand. Zu zahlen ist: I. Eintrittsgeld 50 Pfg. II. Sicherheitssumme 6,00 Mk.; letztere kann in Raten à 50 Pfg. gezahlt werden. III. Beitrag pro Monat 40 Pfg.

Allen gemeldeten Mitgliedern wird die Dauer der Vereins-Mitgliedschaft gutgerechnet und treten dieselben in die entsprechende Rentenstufe ein. Für das Sterbegeld wird die Hälfte der Mitgliedsjahre gutgerechnet.

Die Rentenberechtigung tritt für diese Mitglieder mit der Vollzahlung der Sicherheitssumme ein.

Die Hauptverwaltung: Franz Behrens.

Gauvereinigungen.

* **Elbe-Gauvereinigung.** Die nächste Wanderversammlung findet Sonntag, den 18. Januar 1903 statt im Restaurant zur Flora, Laubegast, Florastrasse. Anfang 2 Uhr nachmittags. Anschliessend: Gründungsfeier des Zweigvereins „Hoffnung“. Siebel, I. Vorsitzender.

* **Rheinische Gauvereinigung.** Die Gauversammlung findet nicht, wie gemeldet, in M.-Gladbach statt, sondern in Köln am Rhein in der Brauerei zum Esel, Breitestrasse (Vereinslokal des Kölner Zweigverein) und zwar am Sonntag, den 11. Januar, nachmittags 2 Uhr. Dasselbst haben sich auch die Bewerber um das Preisausschreiben „Zur Heranbildung von Vereinsrednern“ einzufinden. — Tagesordnung: I. Anträge. II. Kassenregelung. III. Bewilligung der vom Gauvorstand vorgeschlagenen Preise. IV. Verschiedenes. — Die Herren Kassierer der Zweigvereine werden dringend gebeten, abzurechnen. Alle Mitglieder und Kollegen herzlich willkommen! I. A.: Jean Hamburger, Gauschriftführer.

Elbe-Gauvereinigung. Wanderversammlung am 6. 12. 02. im Bahnhof zu Kötzschenbroda. Der I. Vorsitzende, Kollege Siebel, leitete die Versammlung. Anwesend waren von Convallaria-Kötzschenbroda 11, Elbflora-Gruna 6, Elbflora-Coswig 4, und Hoffnung-Laubegast 1 Kollege. Der Besuch war dadurch ein leidlicher, weil an diesem Tage strenge Kälte herrschte. Kollege Siebel referierte über das Thema »Unsere Organisation einst und jetzt«, welches mit Beifall aufgenommen wurde. Einige Anträge zur Geschäftsordnung wurden gestellt. Es wurde beschlossen, die nächste Gausitzung in Dresden, Restaurant Hans Sachs, Scheffelstrasse, abzuhalten. Ferner wurde bekannt gegeben, dass die nächste Wanderversammlung am Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 2 Uhr im Restaurant „Flora“, Laubegast stattfindet. Schluss der Versammlung um 12 Uhr.

Alfred Nitzsche, stellvertr. Schriftführer.

Märkische Gauvereinigung. Versammlung am 11. Dezember 1902 in Berlin. Vertreten sind sämtliche Vereine mit einer Mitgliederzahl von 735. Anwesend zirka 50 Kollegen Tagesordnung: 1. Weihnachtsbescheerung stellenloser Kollegen. 2. Lohnbewegung. 3. Anträge und Verschiedenes. Zum Punkt 1 schlägt der Vorstand vor, die Weihnachtsbescheerung wie im vorigen Jahre zu handhaben: arbeitslose unverheiratete Mitglieder erhalten 5 Mk., verheiratete 8 Mk. Der Vorschlag des Gauvorstandes wird angenommen mit der Bedingung, dass die zu Bescheerenden mindestens 3 Monate Mitglied und 14 Tage arbeitslos sind. Im Punkt 2 wurde die Kommission um mehrere Kollegen ergänzt und beschlossen, nach den Feiertagen eine Sitzung abzuhalten. Im Verschiedenen beschwerte sich Flora-Berlin O. über die parteische Leitung der Gauversammlung am 12. November. Ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wurde mit 504 Stimmen angenommen. Vom Vorsitzenden wurde bekänt gemacht, dass Alpenrose-Rixdorf 50 Mk. für den Widerstandfonds gespendet hat. Steglitz stellt ebenfalls zur nächsten Zeit 50 Mk. in Aussicht. Ferner wurden Agitationsmarken à 10 Pfg. ausgegeben. Schluss der Sitzung 12 Uhr.

Zum Versammlungsbericht vom 12. November ist nachzutragen, dass in die Stellennacliweis-Kommission gewählt wurden die Kollegen Scheel, Koch und Bartsch.

Lehmann, Gauschriftführer.

— **Für die Ausgesperreten in Krefeld** gingen folgende Beiträge ein von: Cöln a. Rhein 20 Mk., Düsseldorf 7,50 Mk., Hagen i. W. 5 Mk., Charlottenburg 10 Mk., Berlin-O. 50 Mk., Augsburg 4,50 Mk., Gelsenkirchen 10 Mk., Markkleeberg 8,10 Mk., Gr-Lichterfelde 30 Mk., Steglitz 12 Mk., Zehlendorf 10 Mk., Kötzschenbroda 15,70 Mk., Nürnberg 8 Mk., Mannheim 8,25 Mk., Erfurt 18 Mk., Frankfurt a. M. 20 Mk., Freiburg i. Br. 4 Mk., Holzhausen 5 Mk., Karlsruhe 6,50 Mk., Weimar 3 Mk.,

Heilbronn 5 Mk., Hamburg 20 Mk., Wiesbaden 13,10 Mk., Berlin S. 5,15 Mk., Kassel 8 Mk., Essen a. R. 11 Mk., Eschersheim 7 Mk., Worms 10 Mk., Stralsund 4 Mk., Nürnberg 4 Mk., Blankenese 15 Mk., Weinheim 2 Mk., Altona 10 Mk., Bautzen 3,20 Mk., Elmshorn 5 Mk., Mannheim 10 Mk., Leipzig 6 Mk., Dahlhausen 10 Mk., Homburg v. d. H. 2,50 Mk., Magdeburg 15 Mk., Wandsbeck 10 Mk., Berlin W. 40 Mk., Kötzschenbroda 13,55 Mk., München 15 Mk., Schöneberg 15 Mk., Dresden 10 Mk., Wandsbeck 7,50 Mk., Stettin 10 Mk., Koblenz 3 Mk., Witten 7 Mk., Mainz 5 Mk., Stuttgart 5 Mk. Summa 562,52 Mk.

Hierüber quittiert dankend
der Vorstand der Rhein. Gauvereinigung, gez. B a c h.

Rhein-Neckar-Gauvereinigung. Generalversammlung am 23. November 1902 zu Heidelberg. Die Versammlung wurde bei gutem Besuch um 1/4 Uhr durch Gauvorsitzenden Kollege Schmidt-Mannheim eröffnet. Vertreten waren Stuttgart, Cannstatt, Heilbronn, Freiburg, Lahr, Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg. In der vorhergehenden Vorstandssitzung wurden innere Angelegenheiten des Gau besprochen. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht und anschliessend Kollege Wetzell-Weinheim den Kassenbericht. Namens der Revisoren erklärte Kölmel-Karlsruhe die Kassenverhältnisse in vollkommener Ordnung. Der Vorsitzende dankte hierauf dem Kassierer für die treue Wahrung seiner Geschäfte. Die Debatte über Einführung eines „Sicherheitsfonds“ war sehr lebhaft, besonders über die Art der Entrichtung der Beiträge hierzu. Seitens des Gauvorstandes war man dahin einig, dass die Einführung des „Sicherheitsfonds“ für unsere Sache nur von Nutzen sein kann und empfahl er demgemäss den Zweigvereinen. Es lagen hierzu Anträge des Gauvorstandes, sowie von Stuttgart und Freiburg vor. Man einigte sich schliesslich dahin: „Jeder Verein ist verpflichtet, pro Mitglied und Monat mindestens 10 Pfg. an den Sicherheitsfonds abzusenden. Wie dieser Beitrag erhoben wird, bleibt den einzelnen Vereinen überlassen. Das Geld wird auf der Sparkasse Weinheim i. B. durch Kollege Wetzell angelegt. Ueberwiesen wurde aus der Gaukasse die Summe von 20 Mk. Zum nächsten Punkt referierte Schmidt über „Unsere Aufgaben“ und streifte hierbei die gegenwärtige Lage des Vereins, die Beschlüsse der Generalversammlung, den Einigungsvorschlag, sowie die Aussperrung in Crefeld und ermahnte, gerade in der jetzigen kritischen Zeit fest zusammen zu halten: der Rhein-Neckar-Gau solle in seinen bisherigen Bahnen zugunsten der gesamten Gärtnerbewegung fortfahren. Eine Reihe von Anträgen wurde beraten, welche zumteil dem Gauvorstande zur Berücksichtigung überwiesen wurden, in einem Falle an den Hauptvorstand gesandt werden. Letzterer betrifft, an den Hauptvorstand das Ersuchen zu stellen, ab 1. Januar mit dem wöchentlichen Erscheinen unserer Zeitung eine ständige Rubrik einzuführen, worin unsere Mitglieder über den Stand der Arbeiterbewegung unterrichtet werden, zwecks gewerkschaftlicher Bildung derselben.

Die weiteren Anträge betreffen Regelung der Abrechnungen in unserem Gau, Herausgabe eines Flugblattes für reisende organisierte Kollegen und event. Veranstaltung eines Preis-ausschreibens.

In den Gauvorstand wurden folgende Kollegen gewählt, resp. wiedergewählt: Schmidt-Mannheim 1. Vorsitzender, Kempf-Stuttgart 2. Vorsitzende, Kläiber-Mannheim 1. Schriftführer, Kölmel-Karlsruhe 2. Schriftführer; als Beisitzer: Müller-Mannheim, Reichenacker-Freiburg und Wössner-Heilbronn.

Als nächster Versammlungsort wurde Lahr i/B. gewählt. Eine Sammlung zugunsten des Sicherheitsfonds ergab 2,80 Mk. Hoffen wir, dass es auch im neuen Jahre vorwärts geht, zum Wohle unserer Sache. Schluss der Versammlung 1/28 Uhr. Ernst Kläiber, 1. Schriftf. Georg Schmidt, 1. Vors.

Rhein-Neckar-Gauvereinigung. Jahresbericht vom 1. Oktober 1901 bis 1. Oktober 1902. Mit Ausgabe dieses Berichtes beschliesst unser Gau das dritte Jahr seit Gründung. Hervorgerufen durch die wirtschaftliche Krise war unsre gewerkschaftliche Tätigkeit verhältnismässig ruhig. Zeigte sich doch sogar in den arbeitsreichen Monaten April und Mai ein starkes Angebot an Arbeitskräften und war deshalb obige Taktik berechtigt. Unser Hauptaugenmerk richten wir auf Agitation und weiteren Ausbau unsrer Organisation. Im Monat April wurden in verschiedenen Orten unseres Gaues öffentl. Versammlungen abgehalten, wozu unser Redakteur, Koll. Albrecht-Berlin, als Referent erschienen war und hauptsächlich unsere Rechtsstellung behandelt wurde. Die

Gewerkschaftsfrage, die im A. D. G.-V. soviel Staub aufgewirbelt haben soll, wurde eingehend erörtert, und ist der Gau in seiner Mehrheit für den Anschluss an die freien Gewerkschaften. Ein diesbezüglicher Antrag wurde zur Generalversammlung gestellt. Auf der Ostern 1902 in Frankfurt a. M. stattgefundenen Konferenz, welche vom Hauptvorstand einberufen war, wurde der Gau durch die Kollegen Schmidt-Mannheim und Stillhammer-Stuttgart vertreten. Zur Generalversammlung des A. D. G.-V. stellte der Gau verschiedene Anträge, u. a. in Unterstützung des Antrags München: „Für Süddeutschland einen besoldeten Gauleiter anzustellen.“ Dieser Antrag wurde jedoch von der Generalversammlung wegen des Kostenpunktes z. Zt. als nicht ausführbar erklärt und dem Hauptvorstand als Material überwiesen. Die einzelnen Vereine behielten ihren durchschnittlichen Mitgliederstand, nur Weinheim hat einen Rückgang zu verzeichnen, schuld daran sind örtliche Verhältnisse. Beigetreten zum Gau sind die neugegründeten Zweigvereine Lahr und Cannstatt. Ersterer Verein wurde unter Unterstützung der Freiburger Kollegen gegründet, während in Cannstatt sich die Stuttgarter Kollegen bemühten. Im Laufe dieses Jahres sahen wir verschiedene Kollegen welche sich in führender Stellung in unsrem Vereinsleben befanden, aus unsrer Mitte scheiden; diesen Kollegen sei hiermit unser Dank ausgesprochen. Die regelmässigen Gauversammlungen fanden wie folgt statt: November 1901: Karlsruhe; April 1902: Stuttgart; Juli 1902: Baden-Baden. Der Besuch war zufriedenstellend. An Korrespondenz des Vorsitzenden und Schriftführers ist zu verzeichnen: 1) Ausgang: Briefe, Karten und Hektogrammen über 200 Stück; 2) Eingang: Briefe und Karten ca. 60 Stück. An ausserordentlichen Ausgaben leistete die Gaukasse 10 Mk. Unterstützung für Krefeld, 5 Mk. für ein früheres reges Mitglied. In letzter Zeit wurde die Bildung eines Widerstandsfonds erörtert. Der Mitgliederbestand des Gaues beträgt durchschnittlich 200. Hoffen wir, dass auch in Zukunft ein reges Leben in unseren Reihen herrscht.

Kassenbericht pro 1901/02.

Gesamteinnahmen	Mk. 177,15
Gesamtausgabe	154,78
Rest „	22,37
Transport v. vor. Jahr	30,92
Bestand „	53,29

Ausserdem hat das Inventar und die Bibliothek (unsere Broschüren und gewerkschaftlichen Schriften) einen Wert von 8 Mk.

Mannheim, im November 1902.
Der Gauvorstand: Georg Schmidt, Gauvorsitzender.

Zweigvereine.

* **Laubegast**, „Hoffnung“. Am 9. Januar beginnt ein Kursus in Stenographie, System Gabelberger.

* **Mainz**, „Hortensia“. Stellennachweis befindet sich im Vereinslokal Boppstrasse 9 und bei Jacob Kinges (per Herrn Kallmann) unterer Zahlbacherweg. Unterstützungen werden abends 1/26 bis 1/28 Uhr bei Ludw. Merges, Zahlbach, Hauptstrasse 2, ausgezahlt.

* **Plauen i. V.** Sitzungen finden jeden Mittwoch-Abend im Restaurant „Zur Pforte“ statt. Stellennachweis führt Koll. L. Prinz, Feldstr. 5. Sprechstunden abends 1/28 bis 9 Uhr; Sonntags früh 8 bis 12 Uhr.

* **Witten a. Ruhr**, „Edelweiss“. Der Zweigverein gewährt durchreisenden Mitgliedern frei Abendessen, Nachtlogis und Kaffee. Gutscheine sind bei Kollege Koberstein (Stellennachweis), Bommern, zu holen.

Halle a. S. Öffentliche Versammlung am 29. November 1902, einberufen von „Grün Heil“. Der Zweigvereinsvorsitzende Fischer leitet dieselbe. Anwesend etwa 40 Kollegen. Kamrowski-Leipzig spricht über „Was nützt uns eine Organisation?“ Lebhafter Beifall lohnt die trefflichen Ausführungen, denen sich eine recht angeregte Debatte anschliesst, die sich bis 12 1/2 Uhr ausdehnt. Folgender Kundgebung wird allseitig zugestimmt: „Die Versammlung bekennt nach Anhörung des Referats offen und aus eigener Ueberzeugung, dass eine Besserung der Lage der arbeitnehmenden Gärtnerschaft nur durch gemeinsames Handeln als Mitglieder des A. D. G.-V. zu erreichen ist.“

J. Groeger, Schriftführer.